



MARXISTISCHER
STUDENTEN-
BUND

SPARTAKUS

Kampf für Ausbau demokratischer Rechte heißt Kampf gegen die CDU

"Der Staat soll sich nicht durch das Lamento der Betroffenen beirren lassen." (Echternach, Fraktionsvorsitzender der CDU in Hamburg)

Die CDU war es, die der Grundsatzentscheidung des Hamburger Senats, die einem Berufsverbot im öffentlichen Dienst für Kommunisten und anderen engagierten Demokraten gleichkommt, ihre volle Zustimmung gab. Mehr noch: die CDU will jetzt wissen, "welche Konsequenzen gegenüber den Beamten gezogen werden sollen, die schon im Staatsdienst tätig sind und radikalen Gruppen angehören." Damit beweist die CDU, daß sie systematisch die demokratischen Rechte in Schule und Hochschule abbauen will.

- Der Hamburger CDU-Vorsitzende Rollmann war es, der die Verfolgung demokratischer Lehrer in Gang setzte, indem er die Abberufung des Lehrers Alfred Dreckmann aus der westdeutsch-schwedischen Kommission zur Demokratisierung des Bildungswesens betrieb.
- Der "Bildungsexperte" der Hamburger CDU, Schröder, forderte den Senat in der Bürgerschaft auf, aus Schule und Hochschule alle Kräfte zu entfernen, die sich konsequent für eine demokratische Bildungsreform einsetzen.
- Die CDU versucht, alle Ansätze im HRG, die eine Mitbestimmung der Studenten in der Hochschule ermöglichen, zu eliminieren. Der bayrische Kultusminister Mayer (CSU-Sympathisant) und Mitglied des "Bundes Freiheit der Wissenschaft" fürchtet eine Auseinanderentwicklung des Schulwesens in den Bundesländern und hintertreibt mit seinen Kollegen aus den anderen CDU-regierten Bundesländern jede wirksame Bildungsreform.
- Die kürzlich veröffentlichte "Expertise" der Hamburger CDU fordert die Abschaffung bereits erkämpfter Mitbestimmungsrechte, verschärftes Vorgehen gegen demokratische Organisationen wie DKP und MSB SPARTAKUS und die Abschaffung der verfassten Studentenschaft.
- Die CDU ist wohl auch verantwortlich zu machen für die Ausarbeitung der neuen Prüfungsordnung, die ein wissenschaftliches Lehrstudium unmöglich machen soll.

In dieser Situation gilt es, alle demokratischen Kräfte für den Widerstand gegen diese reaktionäre Politik der CDU zu mobilisieren. In diesem Kampf müssen auch fortschrittliche Sozialdemokraten einbezogen werden. Welche Konflikte die Senatsentscheidung in der SPD hervorgerufen hat, zeigt zum Beispiel das Votum der Delegiertenversammlung des SPD-Kreises Nord an den Senat, überprüfen zu lassen, ob die Grundsatzentscheidung verfassungsrechtlich sei.

An der Universität wächst die Empörung gegen das Vorgehen der CDU. Auf Vöhlversammlungen, in der Aktionswoche zum Bildungsnotstand, auf dem Aktionstag des vds und den sich anschließenden Demonstrationen sprachen sich Tausende von Kommilitonen gegen diese, ihre Interessen unmittelbar berührenden Maßnahmen aus. Auch Assistenten, Dozenten und Professoren, gegen die sich gleichfalls diese Politik richtet (z. B. wurde eine Dozentin am FBE in gemeiner Art diffamiert), haben sich dem Protest angeschlossen. Uni-Präsident Fischer-Appelt und das Präsidium der Fachhochschulen haben gegen die Eingriffe in die Hochschule Einspruch erhoben. Schließlich hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ihren betroffenen Mitgliedern Rechtsschutz angeboten und wird mit den anderen im DBG organisierten Gewerkschaften in Verbindung treten, um sie zu veranlassen, sich solidarisch vor die betroffenen Beamten zu stellen.

Nur gemeinsames Vorgehen kann uns den Abbau demokratischer Rechte abwehren helfen.

Demostrieren wir unsere Geschlossenheit auf dem INFO-TAG der Universität!

INFO - TAG DER UNIVERSITÄT

MITTWOCH, 15. DEZ. 1971

10 UHR AUDIMAX

verantw. : Wolfgang Schmidt

Druck: Asta-Druck
Datum: 14.12.71

M1354